

Hans-Joachim Lauth

PARTEIEN, WAHLEN UND DEMOKRATIE

1. Entwicklung des Parteienwesens

Die postrevolutionäre Entwicklung in Mexiko wurde in den zwanziger Jahren entscheidend von personengebundenen Koalitionen geprägt, die von den nationalen *caudillos* (Alvaro Obregón, Plutarco Elías Calles) geführt wurden. Parteien spielten zu dieser Zeit eine sehr untergeordnete Rolle. Eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse verlangte jedoch eine stärkere Institutionalisierung der bestehenden Koalitionen. So betrieb Calles 1929 die Gründung des *Partido Nacional Revolucionario* – PNR als Bündnis spätrevolutionärer Führer und ihrer Gefolgschaftsgruppen. 1938 wurde die Partei tiefgreifend durch Präsident Lázaro Cárdenas reorganisiert (nun *Partido de la Revolución Mexicana* – PRM). Mols hebt die Bedeutung des Wandels von PNR zu PRM hervor:

Aus einer Konföderation von Führern mit ihrem jeweils in die Gesellschaft reichenden Anhang entsteht eine Organisation von Korporationen, deren [...] Organisationsprinzip den großen Einteilungen der Sozialstruktur folgt.¹

Seit 1946 bildet sie unter der Bezeichnung *Partido Revolucionario Institucional* – PRI die zentrale politische Organisation zur Mobilisierung und Kontrolle der Massen.² Sie stellt seit ihrer Gründung alle Staatspräsidenten, alle Gouverneure (bis 1989), fast alle Senatoren sowie die überwältigende Mehrheit in der Abgeordnetenkammer, den Parlamenten der Bundesstaaten und in den Gemeinden. Ihre auf rund 8,5 Millionen geschätzten Mitglieder verteilen sich 1991 auf drei Sektoren.³ Der 'Arbeitersektor' wird durch die Gewerkschaften des PRI gebildet, deren mit Abstand mächtigster Dachverband der Mexikanische Arbeiterbund (*Confederación de Trabajadores de México* – CTM) ist. Der 'Bauernsektor' organisiert einen großen Teil der auf dem Land Beschäftigten. Der *sector popular* ist eine Residualkategorie. Zu

1 Mols 1981: 96.

2 Die mit der Namensänderung verbundenen inhaltlichen Wechsel werden durch den Wandel des jeweiligen Leitspruchs der Partei verdeutlicht: Institutionen und Sozialreform (PNR), für eine Demokratie der Arbeiter (PRM), Demokratie und soziale Gerechtigkeit (PRI).

3 Zunächst bestand mit dem *sector militar* ein vierter Sektor, der jedoch schon im Zuge der Reduzierung des militärischen Einflusses 1940 aufgelöst wurde. Zur Parteiorganisation vgl. Lehr 1981: 105 ff.; Mols 1981: 195 f. Die Mitgliederzahl beruht auf Angaben zur XIV. Nationalversammlung des PRI (vgl. Pimentel/ Rueda 1991: 30).

ihm gehören sowohl Mitglieder der Oberschicht und der größte Teil der im Staatsdienst tätigen Mittelschicht als auch Angehörige städtischer Randgruppen. Die Sektorenorganisation befindet sich inzwischen im Prozesse der Umstrukturierung, der noch nicht abgeschlossen ist. Neu geschaffen werden soll eine von den Sektoren weitgehend unabhängige, regional gegliederte Territorialorganisation.

Das formell höchste Parteiorgan ist die Nationalversammlung. Das eigentliche Aktionszentrum bildet das Nationale Exekutivkomitee (CEN), dessen Vorsitzender zugleich Präsident des PRI ist. Er hat jedoch weniger die Funktion eines Parteivorsitzenden als die eines Generalsekretärs inne. Die eigentliche Führung liegt letztlich in der Hand des amtierenden Staatspräsidenten. Neben der landesweiten Präsenz des PRI, die sich in Organisationen innerhalb jedes Staates und in allen Munizipien ausdrückt, sind in der Partei auch wichtige Beratungs- und Bildungsinstitutionen (z. B. *Instituto de Estudios Políticos, Económicos y Sociales* – IEPES, *Instituto de Capacitación Política* – ICAP) angesiedelt. Außerdem verfügt sie über eine nationale Frauen- und Jugendorganisation. Eine Mitgliedschaft wird durch den Beitritt zu einem der drei Sektoren geregelt.⁴ Die Finanzierung des PRI erfolgt zum weitaus größten Teil durch den Staat, wobei der Mittelzufluß in den letzten Jahren stärker formalisiert wurde (z. B. Wahlkampfkostenerstattung). Schwer tat sich die Partei viele Jahre mit internationalen Kontakten aufgrund ihrer sehr stark national ausgerichteten Revolutionsideologie.

Obwohl der PRI nach außen hin verhältnismäßig geschlossen erscheint, spielen sich intern harte, bisweilen sogar gewaltsame Macht- und Positionskämpfe ab. Die parteiinternen Auseinandersetzungen betreffen inhaltliche Ausrichtungen, die sich zum einen auf die politische Programmatik und zum anderen auf die Organisationsstruktur der Partei beziehen; sie drehen sich außerdem um personelle Fragen und nicht zuletzt um die Einflußgrenzen der Sektoren. Ein wesentlicher Streitpunkt liegt in der Bestimmung des Anteils der Sektoren in der Abgeordnetenkammer und im Senat. Die bei weitem größte Gruppe stellt jeweils der *sector popular*, gefolgt vom Bauern- und dem Arbeitersektor, der seinen Anteil in den siebziger und achtziger Jahren erhöhen konnte. Letzterer stellt ohne Zweifel – auch aufgrund seiner Geschlossenheit – den programmatisch am deutlichsten profilierten Sektor dar. Die besondere Stellung des *sector obrero* und vor allem der CTM zeigte sich auch in seinem Beharrungsvermögen gegenüber internen Reformen des PRI.

Neben dem PRI läßt sich in Mexiko eine Vielzahl weiterer Parteien und parteiähnlicher politischer Gruppierungen beobachten.⁵ Etlichen war nur eine kurze Lebensdauer beschieden, wozu auch die Regierung das ihrige beitrug, indem sie den meisten dieser Gruppen die für die Teilnahme an Wahlen benötigte offizielle Registrierung versagte. Bis in die siebziger Jahre hinein waren neben der 'offiziellen

4 Da in den meisten Staatsunternehmen die Mitgliedschaft in einer offiziellen Gewerkschaft Bedingung für den Erhalt der Arbeit ist, ist automatisch der größte Teil der öffentlich Bediensteten über ihre Gewerkschaft, die entweder dem Arbeitersektor oder dem *sector popular* angehört, Mitglied des PRI geworden.

5 Vgl. Mols/Lauth 1992: 220 f.

Partei' nur drei kleinere Oppositionsparteien zugelassen: die Sozialistische Volkspartei (PPS – eine linke Abspaltung des PRI), die Authentische Partei der Mexikanischen Revolution (PARM – Revolutionsveterane rechter Färbung) und die Partei der Nationalen Aktion – PAN). Eine wirklich unabhängige, aus sich selbst heraus lebensfähige politische Kraft war davon nur der PAN, der sowohl von der katholischen Soziallehre beeinflusst ist als auch neoliberale Positionen vertritt. Letztere prägen inzwischen weitgehend die Parteiprogrammatik. Die Gründung des PAN erfolgte vor dem Hintergrund einer stark anti-klerikalen Ausrichtung der Regierungspolitik Ende der dreißiger Jahre. Seine Wähler stammen seit dieser Zeit überwiegend aus dem katholisch geprägten Mittelstand und dem Unternehmerlager. Seine größte Bedeutung hat er in den Nordstaaten des Landes. Während der PAN eine echte Oppositionspartei darstellt, sind die Kontakte zwischen PPS, PARM – beides Gründungen von ehemaligen Mitgliedern der Regierungspartei – und PRI enger. So sind beispielsweise gegenseitige Wahlempfehlungen oder gar gemeinsame Kandidaten zu beobachten.

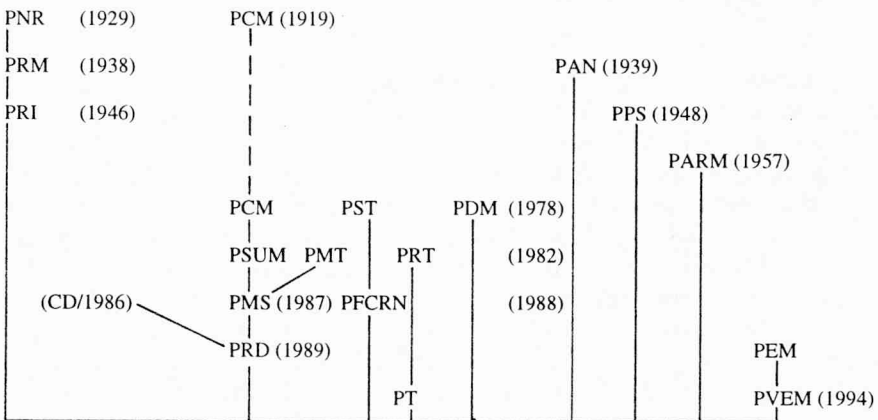
Die aus Legitimationsgründen gestartete 'politische Reform' von José López Portillo eröffnete Ende der siebziger Jahre der Opposition neue Aktionsfelder. Einige der bisher illegalen bzw. in den vorausgegangenen Jahren neu entstandenen politischen Gruppierungen wurden nun als Parteien zugelassen. Zu nennen sind hier: die Kommunistische Partei (PCM), die Sozialistische Arbeiterpartei (PST) und die Mexikanische Demokratische Partei (PDM). Während die ersten beiden dem linken Lager entstammen, ist letztere weit rechts einzuordnen. Die Kommunistische Partei kann zwar auf eine lange Geschichte zurückblicken, in der sie zeitweise legal operieren konnte. Eine größere Bedeutung erreichte sie jedoch nicht, wenn man von der ideologischen Ausstrahlung auf Gewerkschaften und Intellektuelle in den dreißiger Jahren absieht. Die Bedeutungslosigkeit war weitgehend auf interne Probleme zurückzuführen, die zu zahlreichen Parteiausschlüssen und -austritten führte.

Seit den Reformen der siebziger Jahre blieb das Parteienwesen in Bewegung. Verschiedene andere Parteien entstanden bzw. wurden offiziell zugelassen (PMT, PRT). Speziell im linken Spektrum sind Änderungen zu verzeichnen. Die bedeutendste war der Wandel der Kommunistischen Partei von einer orthodoxen Kaderorganisation in eine linke Sammelpartei, der sich in verschiedenen Etappen vollzog (PCM zu PSUM zu PMS)⁶ und sich zudem sowohl auf programmatischer als auch auf organisatorischer Ebene zeigte. Der nun stärker pluralistisch ausgerichtete PMS unterstrich die Ernsthaftigkeit seiner demokratischen Forderungen durch den Einbezug seiner Mitglieder in die Auswahl seines Präsidentschaftskandidaten 1988. Aus den internen Wahlen ging der frühere Parteivorsitzende des PMT, Heberto Castillo, als Sieger hervor.

6 Im November 1981 vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen schloß sich der PCM mit vier anderen kleineren Linksparteien zur Vereinigten Sozialistischen Partei von Mexiko (PSUM) zusammen. Sechs Jahre später vereinigte sich nun der PSUM mit der Mexikanischen Arbeiterpartei (PMT) und weiteren drei kleineren Gruppierungen zur Mexikanischen Sozialistischen Partei (PMS).

Ende der achtziger Jahre veränderte sich das Parteienspektrum auf geradezu spektakuläre Weise (vgl. Lauth/Wagner 1994: 29ff.). Nachdem eine innerparteiliche Reformbewegung im PRI um den früheren Arbeits- und Sozialminister Porfirio Muñoz Ledo und Cuauhtémoc Cárdenas, den ehemaligen Gouverneur von Michoacán und Sohn des legendären Präsidenten Lázaro Cárdenas, gescheitert war, verließ die Protestgruppe den PRI. Cárdenas gelang es, als gemeinsamer Kandidat der linken Parteien in den folgenden Präsidentschaftswahlen die Wahlergebnisse des PAN deutlich zu übertreffen und ein für den PRI bedrohliches Resultat zu erreichen. Nach den Wahlen zerbrach diese Koalition aufgrund ihrer Heterogenität, und es entstand die Partei der Demokratischen Revolution (PRD), in der der PMS weitgehend aufging. Der PRD mit seinem Parteivorsitzenden Cárdenas entspricht in seiner Programmatik in vielen Bereichen sozialdemokratischen Positionen. Neben dem PRD wurde in letzter Zeit auch eine ökologische Partei gegründet (PEM, inzwischen PVEM). Bei Einbezug kleiner Splitterparteien ist somit zu Beginn der neunziger Jahre etwa ein Dutzend offiziell registrierter Oppositionsparteien aktiv. Nach den Wahlen von 1991 und 1994 hat sich gezeigt, daß PAN und PRD die maßgeblichen Oppositionsparteien in den neunziger Jahren sein werden.

Tabelle 1: Übersicht über Entwicklungen im mexikanischen Parteiensystem



Erläuterung: Jahreszahlen in Klammern bezeichnen das Gründungsjahr, das Jahr der Zulassung bzw. das Jahr der Umbenennung oder der Fusion

CD	= <i>Corriente Democrática</i> (Fraktion im PRI)
PAN	= <i>Partido de la Acción Nacional</i>
PARM	= <i>Partido Auténtico de la Revolución Mexicana</i>
PCM	= <i>Partido Comunista Mexicano</i>
PDM	= <i>Partido Demócrata Mexicano</i>
PEM	= <i>Partido Ecologista de México</i>
PFCRN	= <i>Partido del Frente Cardenista de Reconstrucción Nacional</i>
PMS	= <i>Partido Mexicano Socialista</i>
PMT	= <i>Partido Mexicano de los Trabajadores</i>
PNR	= <i>Partido Nacional Revolucionario</i>
PPS	= <i>Partido Popular Socialista</i>
PRD	= <i>Partido de la Revolución Democrática</i>
PRI	= <i>Partido Revolucionario Institucional</i>
PRM	= <i>Partido de la Revolución Mexicana</i>
PRT	= <i>Partido Revolucionario de los Trabajadores</i>
PST	= <i>Partido Socialista de los Trabajadores</i>
PSUM	= <i>Partido Socialista Unificado de México</i>
PT	= <i>Partido del Trabajo</i>
PVEM	= <i>Partido Verde Ecologista de México</i>

2. Verhältnis Parteien – Staat

Die Beziehung zwischen der Regierungspartei und dem Staat steht seit Jahrzehnten im Zentrum der Analyse des politischen Systems.⁷ Betont wird hierbei stets die enge Verflochtenheit zwischen beiden, die in einer entsprechenden korporatistischen Ausprägung des politischen Systems zum Ausdruck kommt. Allerdings ist ein Wandel in diesem Beziehungsgeflecht zu verzeichnen. Die anfangs bestehende, geradezu symbiotische Verbindung zwischen Staat und PNR⁸ wurde im Laufe der Zeit gelockert. Unberührt blieb jedoch in diesem Prozeß die Unterordnung des PRI unter die Regierung. Die Dominanz der Exekutive – sprich: des Staatspräsidenten – beschneidet die Parteiautonomie erheblich. Sowohl die personellen Besetzungen als auch die programmatischen Ausrichtungen werden in entscheidenden Belangen durch die Staatsführung festgelegt. Die Revolutionspartei dient somit mehr der Vorbereitung und der Durchsetzung des Regierungshandelns, als daß sie eine eigenständige politische Kraft darstellt. Es existieren aber auch Grenzen der Staatskontrolle. So haben sich in etlichen Regionen des Landes in der langjährigen Geschichte der Partei lo-

7 Als Klassiker der politischen Analyse wäre zu nennen: González Casanova (1965).

8 So verpflichtete der mexikanische Staatspräsident Emilio Portes Gil 1930 alle öffentlichen Bediensteten zu Parteibeiträgen (vgl. Furtak 1969: 18; Lehr 1981: 115).

kale Machtstrukturen herausgebildet, die den PRI weitgehend für ihre eigenen Interessen instrumentalisiert haben. Da die Regierung zudem bestrebt war, die politische Stabilität aufrechtzuerhalten, blieben die regionalen Machtstrukturen meist unangestastet, solange sie die Stabilisierungsfunktion erfüllten. Im Zuge der angestrebten Modernisierung der politischen Strukturen ist allerdings eine verstärkte Konfrontation zu beobachten, da die Regierung nun vermehrt auf die Realisierung ihrer Direktiven drängt. Die Zerschlagung regionaler *cacique*-Strukturen läßt sich anschaulich im Arbeitersektor beobachten. Den markantesten Fall stellt die Verhaftung der Leitung der Erdölarbeitergewerkschaft bei PEMEX im Januar 1989 dar.

Die der Regierung untergeordnete Stellung des PRI spiegelt sich in der Bedeutung des Bundesparlaments (Abgeordnetenhaus und Senat) wider.⁹ Die weitgehenden verfassungsmäßigen Kompetenzen beider Häuser hatten bis Anfang der siebziger Jahre vorwiegend symbolische Bedeutung. Unter Luis Echeverría und José López Portillo wurde vorsichtig begonnen, ein gewisses parlamentarisches Eigenleben zuzulassen. Eine größere Bedeutung erlangte das Parlament jedoch erst nach den Wahlen von 1988, in denen die Regierungspartei nur noch eine knappe Mehrheit behaupten konnte und sich dann in wichtigen Fragen mit Teilen der Opposition abzustimmen versuchte. Hierbei wurde eher die Zusammenarbeit mit dem PAN gesucht als mit linken Oppositionsparteien.¹⁰ Die Gründe dafür sind sowohl in wahlstrategischen Überlegungen des PRI als auch im tief verwurzelten Mißtrauen des PRD gegenüber der Regierung zu suchen.

Das heutige Verhältnis zwischen Staat und PRI wird des öfteren unter dem Stichwort 'Technokratisierung der Macht' thematisiert.¹¹ Damit wird die Ausgrenzung des PRI aus maßgeblichen Bereichen der Regierung und Administration angesprochen. Im Umkreis des Staatsapparates sei eine technokratische Führungsschicht entstanden, in deren Händen die effektive politische Macht liege. Aus ihrer Mitte werden in wachsendem Maße die politischen Schlüsselpositionen besetzt. Diese These betont zu Recht die in den achtziger Jahren größer werdende Diskrepanz zwischen PRI und Regierung. Das gilt für die Rekrutierung der Regierungsmitglieder, wo 'reine' Parteifunktionäre keine Berücksichtigung finden. Problematisch dagegen erscheint die mit der These verbundene Behauptung eines Gegensatzes zwischen 'Politikern' (PRI) und 'Technokraten' (Staatsapparat). Eine solche typologisierende Trennung kennzeichnet die Realität nur unzureichend und liefert keine ausreichend plausiblen Argumente für die Begründung der tatsächlichen Konflikte. Der Begriff "Technokratisierung der Herrschaft" erfaßt keine zentrale Konfliktodynamik des politischen Systems, sondern beschreibt vielmehr die Modifizierung der politischen Elite.

9 Die Deputiertenkammer setzte sich bis 1979 aus gut 200 Abgeordneten zusammen (1976 - 1979: 237). Durch das von der Regierung López Portillo eingebrachte Bundeswahlgesetz von 1977 hatte sich seit den Juli-Wahlen von 1979 die Zahl der Abgeordneten auf 400 erhöht. Inzwischen ist ihre Zahl nach der erneuten Revision des Bundeswahlgesetzes auf 500 angestiegen.

10 Ein Beispiel dieser Zusammenarbeit ist das 1989/90 gemeinsam verabschiedete Wahlgesetz, das nach verschiedenen Ergänzungen eine größere demokratische Transparenz verspricht.

11 Vgl. Lauth 1991: 396 - 403; Camp 1985.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, können die anderen Parteien eigentlich nicht als Fundamentalopposition verstanden werden. Dies reflektiert in gewissem Sinne die Maßnahmen des Staates, Oppositionsparteien nicht nur zu dulden, sondern teilweise auch zu fördern und gleichzeitig durch institutionelle Einbindung in begrenztem Maße zu kontrollieren. Die härteste Konfrontation fand bislang statt, als sich die Opposition um eigene Wahlerfolge betrogen sah. So ging mit der Kritik des PAN an massiven Manipulationen bei verschiedenen Regionalwahlen in den Jahren 1986 und 1987 im Norden des Landes eine Radikalisierung der Partei einher, die sich in wachsender Militanz – einschließlich eines 40 Tage andauernden Hungerstreiks ihres damaligen Vorsitzenden H. Alvarez – ausdrückte. Ähnliche Feststellungen lassen sich bezüglich des PRD treffen, der sich beispielsweise bei Wahlen in Michoacán, der Heimat von Cárdenas, entscheidend benachteiligt sah. Auch hier drückten sich die Proteste in zunehmend militanter Form aus, dem entsprechende staatliche Maßnahmen gegenüberstanden. Die heftigen öffentlichen Proteste, die allerdings stets das Risiko der Eskalation beinhalten, haben in verschiedenen Fällen dazu beigetragen, daß Ergebnisse 'korrigiert' bzw. Wahlsiege der Opposition anerkannt wurden. Dies gilt insbesondere für den PAN, der inzwischen die Gouverneure in vier Bundesstaaten stellt, dagegen kaum für den PRD, dessen Proteste bislang weitgehend ohne Wirkung blieben. Diese Situation reflektiert auch die unterschiedliche Oppositionsstrategie. Während der PRD gegenüber der Regierung Salinas überwiegend eine strikte Konfrontationslinie vertrat, zeigte sich der PAN in vielen Fragen kooperativer und wurde daher von der Regierung als Verhandlungspartner geschätzt. Diese Annäherung blieb jedoch nicht ohne Folgen für den PAN, da sie schließlich zum Austritt kompromißloser PRI-Gegner führte. Diese Anmerkungen verdeutlichen, daß eines der zentralen Themen der mexikanischen Innenpolitik in der Einschätzung der Regierungspartei PRI und deren interner Reformfähigkeit besteht.

3. Wahlen, Legitimation und demokratische Perspektiven

An dem Thema Wahlen in Mexiko entzündeten sich seit Jahrzehnten heiße Dispute, sei es zwischen politisch Betroffenen oder zwischen den den Wahlprozeß analysierenden Wissenschaftlern. Zwei Aspekte stehen hierbei im Zentrum des Interesses: Wahlbetrug und Wahlenthaltung. Beides sind zentrale Aspekte, die die Legitimation des Wahlergebnisses stark in Frage stellen. Die Kontroversen entzündeten sich an den alle sechs Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen (1982, 1988, 1994, ...), die mit den Wahlen zum Senat zeitlich zusammenfallen, ebenso wie an den Abgeordnetenwahlen zum Bundesparlament, die alle drei Jahre anstehen (1985, 1988, 1991, ...). Gleiches gilt schließlich für Gouverneurswahlen und regionale bzw. lokale Urnengänge. Die Regierung sieht eine wesentliche Aufgabe des PRI darin, mittels Massenmobilisierung ihrer Sektoren den erforderlichen Stimmenanteil zu sichern. Bezugspunkt ist hierbei nicht nur der Anteil an den abgegebenen Stimmen,

sondern auch der Anteil an der Summe der Wahlberechtigten. Eine zu geringe Wahlbeteiligung vermindert die Aussagekraft der erreichten Zustimmung.

Zu Recht wird in der Geschichte der mexikanischen Wahlen der Aspekt des Wahlbetrugs angeführt. Die Regierungspartei bediene sich zahlreicher illegaler Methoden, um ein gewünschtes Resultat zu erzielen. Genannt werden u. a.: Fälschung der Wahllisten, mehrfache Stimmabgabe, Stimmenkauf, Kontrolle der Stimmabgabe, Raub der Wahlurnen und unkorrekte Stimmenausählung. Der gesamte Bereich des Wahlbetrugs wäre jedoch überbewertet, wenn man behaupten würde, saubere Wahlen hätten den PRI schon längst aus allen Ämtern und Würden gebracht. Dieser Mythos, der auch heute noch von führenden Oppositionspolitikern kolportiert wird, unterschätzt die tatsächliche Akzeptanz des PRI. Auch wenn Ergebnisse oft beschönigt, in einigen Fällen auch entscheidend manipuliert wurden, sind die Jahrzehnte andauernden Wahlerfolge des PRI nicht generell in Frage zu stellen.

Dies gilt auch für die Präsidentschaftswahlen von 1988, die bislang am knappsten entschieden wurden und dem offiziellen Kandidaten das schlechteste Ergebnis im postrevolutionären Mexiko einbrachten.¹² Das Eingeständnis schmerzhafter Verluste durch die Regierung, das durch scharfen innerparteilichen Protest (insbesondere des Arbeitersektors) begleitet war, lassen das Endergebnis durchaus plausibel erscheinen, zumal nicht einmal die Meinungsumfragen zuvor derart drastische Verschiebungen prognostiziert hatten. Als Ergebnis wurde veröffentlicht: PRI 50,36 Prozent; PAN 17,07 Prozent; *Frente Democrático Nacional* (Koalition von PARM, PMS, PPS und PST/PFCRN)¹³ 31,12 Prozent; die Opposition erreichte damit 237 von insgesamt 500 Parlamentssitzen. Der tatsächlich stattgefundene Wahlbetrug ist schließlich weniger ein Ausdruck nationaler Planung als vielmehr ein Versuch lokaler und regionaler Parteigrößen, an der Macht zu bleiben. In diesem Bestreben liegt das Hauptproblem für die Durchführung sauberer Wahlen. In ihm reflektieren sich die Konflikte zwischen diesen Gruppen und der Parteiführung, eine effektive Kontrolle über die Gesamtorganisation zu erreichen. Die Ergebnisse von 1991 (PRI 61,5 %) unterstreichen die These einer relativ großen Akzeptanz der Regierungspartei, zumal bei diesen Wahlen der Vorwurf des Wahlbetrugs in geringerem Umfang erhoben wurde.¹⁴ Die Parlamentswahlen von 1991 sind jedoch weniger ein Anzeichen neuer Popularität des PRI als vielmehr ein Ausdruck breiter Zustimmung zur Regierung Carlos Salinas de

12 Vgl. Lauth/Wagner 1993. Auch einer der bekanntesten Wahlforscher in Mexiko, Miguel Basañez, schätzte die Größe des Wahlbetrugs auf etwa 7 Prozent, was an der Reihenfolge der Ergebnisse nichts ändern würde (vgl. Pastor 1990: 10).

13 Besonders profitiert von der Koalition mit Cárdenas haben PARM (6,0 %), PPS (9,9 %) und der PST (9,1 %), der sich noch kurz zuvor in PFCRN umbenannte und sich damit als die Partei des Präsidentschaftskandidaten suggerierte. Dagegen verlor der PMS Stimmen gegenüber seinem Ergebnis (PSUM und PMT) von 1982. Die Weigerung des PRT, sich der Koalition anzuschließen, warf ihn deutlich hinter das Resultat der letzten Wahlen zurück.

14 In einer repräsentativen Umfrage auf nationaler Ebene bestätigten über zwei Drittel der Befragten die Korrektheit der Wahlen, lediglich 14,3 Prozent sprachen von Wahlbetrug. Vgl. *Nexos* 166 (Oktober 1991: 75).

Gortari. Ihr Ausmaß wird von einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung unterstrichen.

Mit großer Spannung wurden die Präsidentschaftswahlen 1994 erwartet. Sollte es der Opposition erstmals gelingen, die Mehrheit zu erreichen und den seit 1929 siegreichen PRI aus der Regierungsverantwortung zu drängen, und inwieweit konnten Wahlmanipulationen verhindert werden? Bereits Ende 1993 begann der Wahlkampf mit der Bestimmung der Präsidentschaftskandidaten. Hierbei zeigte sich, daß Salinas de Gortari nicht bereit war, auf den *dedazo* zu verzichten und mit demokratischer Mitwirkung der Partei die Entscheidung zu treffen. Die Wahl fiel auf den Sozialminister und ehemaligen PRI-Generalsekretär Luis Donaldo Colosio, der aufgrund der Leitung des Solidaritätsprogrammes (PRONASOL), des sozialen Prestigeobjektes von Salinas, landesweit bekannt war. Die Entscheidung für Colosio kam nicht unerwartet, jedoch etwas überraschend, ließ er doch mit dem Finanzminister Pedro Aspe und insbesondere mit dem Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Manuel Camacho, zwei ernsthafte Bewerber hinter sich. Der Start des frisch gekürten Präsidentschaftskandidaten verlief schleppend, und der Wahlkampf kam durch den Aufstand der Chiapas, der parallel zum Inkrafttreten der NAFTA am 1.1.1994 begann, zunehmend ins Stocken. Zum einen erschwerte die durch die Rebellion im vernachlässigten Süden des Landes offenkundig gewordene soziale Hypothek, die er als Sozialminister mitzuverantworten hatte, seine Argumentation. Und zum anderen wurde er durch die Aktivitäten zweier anderer Akteure teilweise aus den Schlagzeilen gedrängt. Das Engagement von Camacho als Chefunterhändler der Regierung zur Lösung des Konfliktes fand zunächst breite Anerkennung, und mit dem Sprecher der aufständischen zapatistischen Bewegung (EZLN), inzwischen als 'Subkommandant Marcos' weithin bekannt, fanden die Massenmedien einen neuen Faszinationspunkt. Gerade als die Kampagne von Colosio wieder an Schwung gewinnen konnte – Camacho hatte definitiv seine Präsidentschaftsambitionen aufgegeben –, wurde er im März 1994 während einer Wahlveranstaltung in Tijuana Opfer eines Attentats, dessen Hintergründe auch ein Jahr danach nicht restlos geklärt sind. Rasch präsentierte Salinas mit Ernesto Zedillo Ponce de León, dem Wahlkampfleiter der laufenden PRI-Kampagne und ehemaligen Bildungs- und Planungsminister, einen neuen Kandidaten, der sich mit der Opposition zu messen hatte. Der PRD vertraute wiederum auf den bewährten Spitzenkandidaten Cuauhtémoc Cárdenas, und bei der PAN setzte sich in internen Wahlen der Fraktionsführer Diego Fernández de Cevallos durch.

Die Debatte über die Verhinderung von Wahlmanipulationen erbrachte eine Reihe von Änderungen, darunter die stärkere Transparenz des Bundeswahlamtes, dessen Kontrolle durch Opposition und unabhängige Persönlichkeiten gestärkt wurde, und die Zulassung von Wahlbeobachtern aus dem In- und Ausland. Die Ernennung des parteilosen Jorge Carpizo, zuvor Leiter der nationalen Menschenrechtskommission und Generalstaatsanwalt, zum Innenminister hatte das Vertrauen in eine korrekte Durchführung der Wahl erhöht. Außerdem wurden Regeln über einen fairen Wahlkampf zwischen den Parteien verabschiedet. Zedillo hatte zunächst einen schweren Stand, konnte jedoch bald von der eingespielten Wahlkampforganisation des PRI

und einem 'Colosio-Bonus' profitieren. Überraschend stark zeigte sich der PAN-Kandidat, dessen Popularität nach einer landesweit beachteten Fernsehdebatte mit seinem Mitbewerber, die erstmals in der mexikanischen Geschichte trotz Widerstandes des PRI stattfand, auf ungeahnte Höhen stieg. Dagegen konnte Cárdenas die bestehenden sozialen Proteste nur begrenzt für sich mobilisieren.

Die politischen Turbulenzen des Wahljahres und das gewachsene Vertrauen in den Wahlprozeß führten zur Erwartung – von der internationalen Presse mitgetragen –, eine Ablösung des PRI-Regime stehe nun an. Es setzte sich jedoch deutlich der Kandidat der Regierung durch (50,1 % der Stimmen) vor Fernández de Cevallos (26,8 %) und, etwas abgeschlagen, Cárdenas (17,1 %). Alle übrigen Parteien erlangten mit Ausnahme des trotzkistischen PT (*Partido de Trabajo*) mit ihrer Kandidatin Cecilia de Soto kein Mandat.¹⁵ Dies bedeutete für die ehemaligen Mitglieder der FDN von 1988 gravierende Verluste, aber auch die grün-ökologische Partei (PVEM) verfehlte mit knapp einem Prozent die 1,5-Prozent-Sperrklausel. Im Gegensatz zu 1988 haben sich die Stimmen des linken Lagers nun weitgehend auf eine Partei (PRD) konzentriert, was zur Konsolidierung dieser noch jungen Organisation beitragen dürfte. Das Wahlergebnis entsprach den zuvor bekannten Prognosen, und die zahlreichen Wahlbeobachtungen ließen keine größeren Unregelmäßigkeiten erkennen.¹⁶ So erfolgte die Amtseinführung des neuen Präsidenten Zedillo – anders als bei seinem Vorgänger – ohne spektakuläre Proteste durch die Opposition. Welche Faktoren haben zu diesem Wahlausgang geführt?

Diskutiert wurden vor allem folgende Aspekte: Die Mehrheit war mit der Arbeit des amtierenden Staatspräsidenten zufrieden und erhoffte sich eine Kontinuität der Politik; die Bewahrung von Stabilität durch Kontinuität sowie Sicherheitsinteressen charakterisieren ein zweites Interessenbündel, das durch die Krisen des Wahljahres an Bedeutung gewonnen hatte; der PRI konnte die alten korporatistischen Strukturen nochmals für sich mobilisieren. Ein wichtiger Punkt wurde außerdem in der strukturellen Bevorzugung der Regierungspartei (*fraude estructural*) gesehen, der sich vor allem in der äußerst ungleichen Verteilung der Finanzmittel und im Zugang zu den Medien ausdrückte. Zudem überschritten sich in dem Einsatz der PRONASOL-Mittel stark Staatsausgaben und Parteiinteressen. Trotz der genannten Kritikpunkte, die hauptsächlich den Wahlkampf betreffen, stellt die Wahl von 1994 sicherlich einen Fortschritt gegenüber früheren Wahlen dar, was ihre Korrektheit und Transparenz anbelangt.

Mit dem Hinweis auf eine niedrige Wahlbeteiligung wurde oft der Aussagewert der Wahlergebnisse relativiert, sie wurde gleichsam als Krisensymptom für mangelnde Legitimation interpretiert. Historisch betrachtet, lag die Wahlenthaltung auf

15 Aufgrund der aufwendigen Kampagne des PT kamen Gerüchte in Umlauf, nach denen der PRI diese Opposition sponsere, um dem Konkurrenten PRD Stimmen aus dem linken Lager abzunehmen.

16 Dies gilt nicht für die Gouverneurswahl in Chiapas, deren Korrektheit von der oppositionellen PRD stark bezweifelt wird. Bereits nach dem amtlichen Ergebnis hatte der PRI starke Verluste und der PRD starke Gewinne verzeichnet. Die fehlende Akzeptanz führte schließlich zum Rücktritt des durch diese Wahl ins Amt gekommenen Gouverneurs.

nationaler Ebene bis in die sechziger Jahre auf einem sehr hohen Niveau von bis zu 70 Prozent, das lediglich in den dreißiger Jahren mit rund 45 Prozent geringer war. Seit 1970 ist ein leichter Anstieg der Wahlbeteiligung zu registrieren, so daß 1982 der bislang niedrigste Grad an Wahlenthaltung (35 %) zu verzeichnen war. Allerdings schnellte die Wahlenthaltung 1988 auf den überraschend hohen Wert von 55 Prozent. Dieser Sachverhalt muß als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Regierungspartei, aber auch mit den Oppositionsparteien verstanden werden, da letztere nicht in der Lage waren, den Unmut – weitgehend ein Ergebnis der wirtschaftlichen Krise – aufzufangen und zu kanalisieren. Die Annahme, daß diese hohe Wahlenthaltung jedoch eher eine Ausnahme war, die den Trend leicht ansteigender Wahlbeteiligung nicht prinzipiell in Frage stellte, findet durch die wieder stark gesunkene Wahlenthaltung bei den Abgeordnetenwahlen 1991 ihre Bekräftigung. Der hohe Partizipationsgrad von 1991 ist um so erstaunlicher einzuschätzen, als die Parlamentswahlen, die nicht mit den Präsidentschaftswahlen zusammenfallen, im allgemeinen erheblich niedrigere Beteiligungsquoten verzeichnen (zwischen 40 und 60 %). In der hohen Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen von 1994 – die Wahlenthaltung sank auf unter 25 Prozent – zeigt sich eine Stabilisierung der demokratischen Partizipationsbereitschaft. Sie ist auch Ausdruck des gewachsenen Vertrauens in die Korrektheit des Wahlprozesses, das durch verschiedene Reformen des Bundeswahlamtes und der Wahlgesetzgebung anstieg.¹⁷ Den Vergleich mit 'geachteten' Demokratien (z. B. USA) kann die mexikanische Wahlbeteiligung durchaus bestehen.¹⁸

Nichtsdestoweniger entbehren die Ausführungen zu Legitimationsproblemen des mexikanischen Staates, die seit den sechziger Jahren, vor allem nach dem Massaker an den Studenten in Tlatelolco 1968, diskutiert wurden, nicht einer realen Basis. Dies hatte auch die Regierung erkannt, die mit verschiedenen, im Umfang jedoch begrenzten Reformen versuchte, ihre Legitimation zu erhöhen. Eine umfassende Lösung der Legitimationsprobleme konnte in der Folgezeit jedoch nicht erreicht werden. Dagegen ist seit der Präsidentschaft von Miguel de la Madrid ein tiefer Wandel im Legitimationsstil sichtbar. Traditionelle Bezugspunkte der Ideologie des PRI bildeten zum einen die mexikanische Revolution speziell in ihrer sozialpolitischen Ausrichtung und zum anderen die Nation in der Betonung der Unabhängigkeit und Einzigartigkeit des mexikanischen politischen Systems. Beide Elemente dienten innerhalb eines populistisch orientierten Konzepts zur Formulierung der Parteiprogrammatik. Mit der Absage de la Madrids an ein populistisches Politikverständnis und seiner Hinwendung zu einer pragmatischen Politikformulierung und zu rationalen Argumentationsmustern, welche die Bedeutung von Effektivitätskriterien ausdrücken sollen, war eine markante Wende vollzogen, die von Salinas de Gortari noch forciert wurde. Außerdem erfolgte eine programmatische Wende im Sinne eines *liberalismo social*. Der PRI hatte zunächst Schwierigkeiten, dem offiziellen

17 Besonders ist auf die Abschaffung der umstrittenen "cuota de gobernabilidad" hinzuweisen, auf deren Problematik zu Recht hingewiesen wurde (Nohlen 1993: 203f.)

18 Bei einem Vergleich auf kommunaler Ebene sieht die Situation in Mexiko schlechter aus. Bei lokalen Wahlen sind Wahlbeteiligungen zu beobachten, die in manchen Fällen lediglich knapp 20 Prozent betragen.

Kurswechsel zu folgen, paßte sich ihm jedoch letztlich an, auch wenn traditionelle Bezüge beibehalten wurden. Die bestehende Dissonanz sollte jedoch nicht zu stark betont werden, da zwischen Parteiprogrammatik und tatsächlicher Politik stets mehr oder weniger große Unterschiede lagen.

Größere Schwierigkeiten bereiteten die Reformen, den PRI intern demokratischer zu gestalten. Solche Versuche kennen bereits eine lange Tradition. Zu erwähnen ist das Reformvorhaben des damaligen Parteipräsidenten Madrazo in den sechziger Jahren, das aufgrund des Widerstandes der Parteifunktionäre scheiterte. Auch die Reformbemühungen von Cuauhtémoc Cárdenas gingen in diese Richtung. Erst auf der XIV. Nationalversammlung des PRI im September 1990 wurden deutliche Reformversuche unternommen, die im Kontext des Modernisierungsprojektes der Regierung Salinas de Gortari angesiedelt sind, aber nicht zuletzt auch auf dem Erfolg der Opposition beruhen.¹⁹ Der Einfluß der drei Sektoren wurde abgeschwächt und eine individuelle Parteimitgliedschaft möglich gemacht. Außerdem wurde eine Kandidatenauslese auf verschiedenen Organisationsebenen nach geheimen Wahlen ermöglicht, was die Bestimmung der Kandidaten von oben ausschließen soll.²⁰ Allerdings wurden die Reformen in der Folgezeit nicht konsequent umgesetzt und sogar teilweise revidiert. Nichtsdestoweniger verweisen solche Reformversuche auf ein neues Staatsverständnis der politischen Elite. Die traditionellen korporatistischen Strukturen sollen demnach durch pluralistische Formen ergänzt bzw. ersetzt werden.

Diesen Reformweg voranzutreiben, hat Präsident Zedillo in seinem Regierungsprogramm angekündigt, wobei er eine deutlichere Trennung von Staat und Partei (PRI), Begrenzung der präsidentialen Machtbefugnisse und den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit als zentrale Anliegen formulierte. Damit scheint der parteiinterne Konflikt um die weitere Zukunft des PRI richtungsweisend entschieden. Der Versuch von *Hardlinern*, auch Dinosaurier genannt, den Reformprozeß aufzuhalten, dürfte zunächst als gescheitert angesehen werden. Solche Einflußnahmen zeigten sich in den Bestrebungen, den Chiapas-Konflikt gewaltsam zu lösen,²¹ aber auch die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio im März 1994 und von PRI-Generalsekretär José Francisco Massieu im September des gleichen Jahres sind in diesem Kontext zu diskutieren, galten beide doch als Vertreter eines Reformkurses. Allerdings sind die Hintergründe beider Attentate auch Anfang 1995 noch nicht restlos aufgeklärt, wenngleich inzwischen weitere Verhaftungen zu verzeichnen sind – darunter die höchst spektakuläre des Bruders von Salinas de Gortari. Unklarheit besteht insbesondere darüber, welchen Einfluß die Drogenmafia in beiden

19 Vgl. Pimentel/Rueda 1991.

20 Zu den traditionellen Auswahlpraktiken vgl. Lehr (1981: 116 - 121).

21 Die Ersetzung des damaligen Innenministers und früheren Gouverneurs von Chiapas, einem Vertreter des traditionellen Flügels, durch den ehemaligen Präsidenten der UNAM und Vorsitzenden der nationalen Menschenrechtskommission Jorge Carpizo signalisierte den Willen der Regierung, auf Verhandlungen zu setzen. Mit Manuel Camacho Solís, dem ehemaligen Bürgermeister von Mexiko-Stadt und harten Konkurrenten von Colosio um die Präsidentschaftskandidatur, wurde zudem ein angesehener Verhandlungsführer bestimmt.

Fällen hat. Dies hat die öffentliche Diskussion über den Einfluß solcher Kreise in der mexikanischen Politik allgemein verstärkt, zumal auch Bestechungsfälle bis in die höchste Ebene der Staatsanwaltschaft aufgedeckt wurden.

Die mexikanische Demokratie wird neben der Kritik an Wahlen und dem PRI mit dem Vorwurf von andauernden Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. In der Tat lassen sich lange Listen mit entsprechenden Delikten anfertigen, deren Opfer aus unterschiedlichen Bereichen kommen (*campesinos*, Journalisten, Studenten u. a.). Eine im Jahre 1990 vom mexikanischen Präsidenten eingesetzte Menschenrechtskommission, der verschiedene unabhängige Intellektuelle angehören, machte jüngst deutlich, daß viele der Menschenrechtsverletzungen von Mitgliedern offizieller Polizeieinheiten verübt wurden. Die Regierung hat eingestanden, daß sie bislang nicht in der Lage war, ihre eigenen Ordnungskräfte zu kontrollieren. Die hiermit verbundenen Maßnahmen überlappen sich mit dem oben skizzierten Konflikt innerhalb des PRI. Vorzuwerfen wäre den Regierungen der letzten Jahrzehnte weniger die Urheberschaft der Menschenrechtsverletzungen als deren systematische Duldung. Erst in jüngster Zeit versucht die Regierung nun energischer, den Mißbrauch der Macht einzudämmen, wobei die militärischen Maßnahmen in Chiapas einen Schatten auf diese Bestrebungen werfen.

Die Frage der Menschenrechte wurde in doppelter Weise durch den Aufstand in Chiapas in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Zum einen macht die Erhebung auf die oftmals menschenunwürdigen Lebensumstände aufmerksam, die von der Regierung, aber auch von weiten Teilen der Gesellschaft, nur allzu bereitwillig vergessen worden waren. Zum anderen ist die Wahrung von Menschenrechten ein zentrales Thema in der Lösung des Konfliktes. Bislang hat die Regierung bis auf wenige Ausnahmen von kurzer Dauer auf eine politische Verhandlungslösung gesetzt, die allerdings mehrmals ins Stocken geriet. Dieser Weg, der von der großen Mehrheit der Bevölkerung mitgegangen wird, muß konsequent und möglichst rasch umgesetzt werden. Sowohl eine militärische Lösung als auch ein Fortbestehen des momentanen status quo ist der Wahrung und Förderung von Menschenrechten abträglich.

Der Aufstand in Chiapas hat generell zur Veränderung der öffentlichen Diskussion und der politischen Kultur in Mexiko beigetragen. Die Veröffentlichung aus dem Lakandonenwald – weitgehend in ausdrucksvoller, fast poetischer Sprache von dem Subkommandanten Marcos verfaßt – sind in der Öffentlichkeit auf breite Resonanz gestoßen und haben der Guerilla zum Etikett einer postmodernen Bewegung verholfen, die weniger mit den Waffen als mittels der Medien kämpft. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Demokratisierung haben den Wahlkampf des Jahres 1994 stark beeinflußt. Die Opposition hat jedoch die damit stärker werdende Regierungskritik in den Wahlen kaum für sich ausnutzen können. Trotz der Anerkennung der sozialen Ursachen des Aufstandes, wurde die Anwendung von Gewalt von der Bevölkerung überwiegend zurückgewiesen. So hatte der PRD Schwierigkeiten im Umgang mit dem EZLN, da die gezeigte Sympathie die Rechtsstaatlichkeitsüberzeugung der Partei in Frage stellte. Auch die EZLN-Forderungen, welche das nationale politische System betrafen, waren nicht mehrheitsfähig. Die weitere Entwick-

lung der Aufstandsbewegung, die sich vor allem an der Frage des Gewaltverzichtes und der politischen Institutionalisierung entzündet, wird sicherlich Auswirkungen auf das linke Parteispektrum haben.

Tabelle 2: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1964 – 1994²²

	Wahlbürger	Registriert	Stimmen	P/S	P/W	E/W
1964	18.600.000	13.600.000	9.400.000	88,8	45,0	49,5
1970	22.800.000	21.700.000	14.100.000	86,1	52,5	38,2
1976	29.800.000	25.900.000	17.600.000	94,8	51,8	40,9
1982	36.500.000	31.500.000	23.600.000	70,9	45,9	35,4
1988	42.800.000	38.100.000	19.100.000	50,4	22,5	55,2
1994	50.000.000	45.729.000	35.550.000	50,1	35,6	28,9

Quelle: Lauth/Wagner 1989: 8,
nach *Comisión Federal Electoral* u. a. Sekundärliteratur

P/S: Anteil des PRI-Präsidentschaftskandidaten bei abgegebenen Stimmen

P/W: Anteil des PRI-Präsidentschaftskandidaten bei allen Wahlbürgern

E/W: Wahlenthaltung bezüglich Wahlbürgern

Tabelle 3: Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen 1964 – 1991

	1964	1967	1970	1973	1976	1979	1982	1985	1988	1991	1994
PRI	86,3	83,3	80,1	69,7	80,1	69,7	69,3	65,0	50,4	61,5	50,1
PAN	11,5	12,4	13,9	14,7	8,5	10,8	15,7	15,5	17,1	17,7	26,8
Wahl- beteiligung ²³	48,6	49,4	61,2	57,7	54,0	41,8	64,7	44,7	44,4	61,0	71,1

Quelle: Siehe Tabelle 2 und *Latin American Regional Reports*
(*Mexico and Central America*), 26. September 1991: 7; Cornelius 1991: III

22 Die mexikanischen Präsidenten seit 1940 waren: Manuel Avila Camacho (1940 - 1946); Miguel Alemán Valdés (1946 - 1952); Adolfo Ruiz Cortines (1952 - 1958); Adolfo López Mateos (1958 - 1964); Gustavo Díaz Ordaz (1964 - 1970), Luis Echeverría Álvarez (1970 - 1976); José López Portillo y Pacheco (1976 - 1982); Miguel de la Madrid Hurtado (1982 - 1988); Carlos Salinas de Gortari (1988 - 1994); Ernesto Zedillo Ponce de León (1994 bis voraussichtlich 2000).

23 "Wahlbeteiligung" bezieht sich auf alle Wahlberechtigten, der Anteil der Partei auf die abgegebenen Stimmen. Bei Zugrundelegung der registrierten Wahlbevölkerung lag die Beteiligung 1994 bei 77,7 Prozent.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Der Überblick über die Entwicklung des mexikanischen Parteienwesens hat die herausragende Position der Regierungspartei PRI gegenüber den Oppositionsparteien – heute maßgeblich PAN und PRD – verdeutlicht. Die Analyse der Beziehungen zwischen PRI und Staat macht zugleich auf die Grenzen des Parteieinflusses aufmerksam. Die Partei erfüllt hierbei verschiedene Funktionen für die Regierung, deren Bedeutung sich in historischer Betrachtung wandelt. Ein zentrales Element besteht für viele Jahrzehnte in der Fähigkeit des PRI, die 'Massen' zu kontrollieren, sie zu organisieren und letztlich zugunsten des Regimes (Wahlen, Demonstrationen) zu mobilisieren. Bei dieser Aufgabe spielen die drei Sektoren eine entscheidende Rolle. Eine andere Funktion besteht in der Schaffung eines kontrollierten Interessenausgleiches innerhalb der politischen Elite. Mit Hilfe der Propagierung seiner Programmatik verstärkt der PRI die Legitimation der Regierung, hierbei trägt auch seine Tätigkeit in der 'Übersetzung' der Regierungsprogramme und -aktivitäten bei. Schließlich dient er zur Bindung der Oppositionskräfte und leistet einen Beitrag zur Institutionalisierung politischer Konflikte. Im Umgang mit den anderen Parteien entscheidet sich auch, welchen Grad an Unterstützung die Regierung im Parlament bekommen kann. Die parlamentarische Arbeit und die Fähigkeit, Wähler zu mobilisieren und zu überzeugen, haben in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Weniger wichtig ist heute seine Kapazität, Massendemonstrationen zu organisieren oder ein Ausgleichsforum für die politische Elite zu sein. Auch seine Funktion als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat schwindet allmählich. Die genannten Veränderungen korrespondieren mit der schrittweisen Auflösung korporatistischer Formen und der Ausbildung neuer demokratischer Ausdrucksformen innerhalb der Parteien im Kontext einer sich immer stärker pluralistisch konstituierenden Zivilgesellschaft. Noch besteht jedoch Unsicherheit, in welchem Tempo und in welchem Ausmaß die innere Demokratisierung des PRI voranschreitet. Bislang bestehen auf diesem Gebiet noch erhebliche Widerstände auch innerhalb des PRI-Establishments, das neben seinen Interessen auch die langjährige Stabilität gefährdet sieht.

Die positiven Veränderungen im Selbstverständnis des PRI finden ihren Ausdruck in einer wachsenden Anerkennung der Opposition bis hin zum Eingeständnis von Niederlagen.²⁴ Wenngleich die Proteste der Opposition oftmals gerechtfertigt sind, scheint das Gewicht des Wahlbetrugs in der Argumentation zu schwinden, und die Perspektiven einer weiteren Demokratisierung sind gestiegen. Allerdings heißt das nicht, daß damit die Opposition automatisch an Stärke gewinnt, wie die Wahl von 1991 zeigt. Der PRD, der sich in der Folgezeit der Präsidentschaftswahlen von 1988 bei mehreren Kommunal- und Gouverneurswahlen gut behauptete und zum Teil

24 So konnte der PAN 1989 in Baja California erstmals eine Gouverneurswahl gewinnen. In Guanajuato zog die Regierung nach heftigen Protesten einen "siegreichen" Kandidaten des PRI zurück, annullierte das Ergebnis und akzeptierte einen PAN-Repräsentanten als Übergangsgouverneur. Auch in San Luis Potosí mußte der "gewählte" PRI-Kandidat auf das Amt verzichten.

um den Erfolg betrogen wurde, mußte erkennen, daß er bei weitem nicht den Zuspruch innerhalb der Bevölkerung hat, den er nach dem starken Abschneiden seines Parteiführers Cárdenas 1988 erhoffte, wengleich das Ergebnis von 1994 eine deutliche Steigerung gegenüber 1991 darstellt. Über die weitere Zukunft des PRD entscheidet jedoch nicht nur der Widerstand, der ihm von offiziellen Stellen entgegengebracht wird. Das Schicksal der Partei hängt auch von der Frage ab, ob die bislang schwierige interne Konsolidierung abgeschlossen werden kann. Die Formulierung eines kohärenten und attraktiven Programms ist bislang nur in Ansätzen zu erkennen. Die Konzentration der Aktivitäten auf die Aufdeckung von Wahlbetrug bindet zu sehr Parteiaktivitäten und kann nicht als Ersatz für die Entwicklung von Perspektiven auf längere Zeit dienen. Auch der PAN hat erhebliche Schwierigkeiten, eine politische Alternative aufzuzeigen. Dies liegt in diesem Fall jedoch weniger an der Bildung eigener Vorschläge als daran, daß die Regierung etliche Positionen des PAN übernommen hat. Dies bezieht sich beispielsweise auf den Abbau der Staatswirtschaft (vgl. Imbusch/Lauth, in diesem Band), den Ausbau der Beziehungen zwischen Mexiko und den USA sowie der neuen Rechte für die Kirche (vgl. Kruip, in diesem Band). Inzwischen hat sich der PAN – auch aufgrund seiner partiellen Regierungserfahrung – stärker als Alternative etabliert, die glaubhaft demokratische Reformen anstrebt.

Die anderen Parteien der Opposition haben in den Wahlen von 1994 einen nur geringen Stimmenanteil erringen können, und es sind in nächster Zeit keine maßgeblichen Impulse von ihnen zu erwarten. Die teilweise beträchtlichen Stimmengewinne von einigen Oppositionsparteien bei den Wahlen 1988 lassen sich nur aufgrund ihrer Verbindung in der Koalition für Cárdenas erklären, die nun aufgelöst ist.

Es stellt sich sogar die Frage, inwieweit diese Parteien noch überlebensfähig sind. Das mexikanische Parteienwesen bildet sich immer stärker zu einem Dreiparteiensystem aus, dessen dominante Träger PRI, PAN und PRD nur durch marginale Parteien (PT und PVEM) eine schwache Konkurrenz erfahren. Prognosen über weitere Wahlergebnisse sind schwierig in einer Gesellschaft, die von wachsender Mobilität und Pluralität gekennzeichnet ist, in der sich parteiunabhängige Gruppierungen verstärkt zu Wort melden und in der politische Bindungen nicht tief verwurzelt sind, sondern zunehmend auf rational kalkulierenden Effizienzkriterien basieren.

Der Machterhalt der politischen Elite, der nach der Wahl von 1988 und den Turbulenzen des Wahljahres 1994, durch den PRI nicht mehr garantiert schien, ist zunächst gesichert. Hierbei an Kontinuitäten zu denken, träfe jedoch nicht den Kern der Veränderungen. Die verschiedenen Kontroversen innerhalb der Führungsschicht des PRI sind deutliche Anzeichen des Wandels. Ein markantes Signal besteht in der Trennung zwischen Zedillo und Salinas, der mit dem spektakulären Bruch von Cárdenas und Calles in den 30er Jahren verglichen wird, der gleichfalls mit einem Exodus in die Vereinigten Staaten endete.²⁵ Für viele Beobachter ist dies mehr als

25 Dieser Bruch entzündete sich an der Wirtschaftskrise Ende 1994, wobei sich beide Seiten gegenseitig Schuld zuwiesen. Der Eklat setzte jedoch erst mit der Verhaftung des älteren Bruders von Salinas ein, der einen gravierenden Tabubruch darstellt – galten bislang ehemalige Staatspräsidenten und ihre Familien als unantastbar. Spätestens diese

der übliche Ablösungskampf zu Beginn einer neuen Amtszeit, sie sehen hierin Anzeichen für das Ende eines absolutistisch geprägten Präsidentialismus, der kaum Gegenkräfte kannte. Bezeichnend wäre hierzu der Ausspruch von Zedillo, daß niemand außerhalb oder über dem geltenden Gesetz stehe. Wenn dies auch die herrschende Elite einschließen würde, so wären in der Tat neue Zeiten angesagt, die einer umfassenden Demokratisierung weiteren Auftrieb geben sollten. Immerhin wurde mit der Überlassung des Amtes des Generalstaatsanwaltes an die Opposition (PAN) ein Zeichen der Ernsthaftigkeit gegeben.

Literatur

- Alcántara, Manuel/Martínez, Antonio (comps.) (1992): *México frente al umbral del siglo XXI. Reformas económicas y democratización política*, Madrid.
- Baumgartner, Herbert (1986): *Staat, Bürokratie und blockierte Entwicklung. Die Planung in Mexiko*, Frankfurt/Bern/New York.
- Camp, Roderic A. (1985): "The Political Technocrat in Mexico and the Survival of the Political System", *Latin American Research Review* 1, 97 - 188.
- Cárdenas Gracia, Jaime F. (1994): *Transición política y reforma constitucional en México*, México D. F.
- Cornelius, Wayne A. (1994): "Mexico's delayed democratization", in: *Foreign Affairs* (Summer), 53 - 71.
- Ehrke, Michael (1989): "Mexiko: die Wahlen vom 6. Juli 1988. Ein Ende der Einparteienherrschaft", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4, 51 - 62.
- Fernández Christlieb, Paulina/Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.) (1986): *Elecciones y Partidos en México*, México D. F.
- Furtak, Robert (1969): *Revolutionspartei und politische Stabilität in Mexiko*, Hamburg.
- Gleich, Albrecht von/Godau, Reiner/Ehrke, Michael (Hg.) (1983): *Mexiko. Der Weg in die Krise*, Diessenhofen.
- González Casanova, Pablo (1965): *La democracia en México*, México D. F. (zahlreiche Neuauflagen).
- González Casanova, Pablo/Aguilar Camín, Héctor (Hg.) (1985): *México ante la crisis*, 2 Bde., México D. F.
- Hansen, R. D. (1971): *The Politics of Mexican Development*, Baltimore/London.

Aktion veranlaßte Salinas zur öffentlichen Intervention, die in einem – von vielen Seiten als lächerlich bezeichneten – kurzfristigen Hungerstreik kulminierte, der seine Rehabilitation herbeiführen sollte.

- Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christoph (²1993): *Die mexikanischen Präsidentschaftswahlen 1988. Eine Analyse der Ereignisse, ihre Bedeutung für das politische System und Perspektiven des Modernisierungsprojekts von Carlos Salinas de Gortari*, Mainz [Institut für Politikwissenschaft: Dokumente und Materialien 12].
- Lauth, Hans-Joachim (1991): *Mexiko zwischen traditioneller Herrschaft und Modernisierung. Die Gewerkschaften im Wandel von Politik und Wirtschaft 1964 - 1988*, Münster.
- Lauth, Hans-Joachim/Horn, Hans-Rudolf (Hg.) (1995): *Mexiko im Wandel*, Frankfurt am Main.
- Lehr, Volker G. (1981): *Der mexikanische Autoritarismus. Parteien, Wahlen, Herrschaftssicherung und Krisenpotential*, München.
- Levy, Daniel/Székely, Gabriel (²1983): *Mexico. Paradoxes of Stability and Change*, Boulder.
- Mols, Manfred (1981): "Der mexikanische Präsidentschaftswahlkampf 1969/70", *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas* 18, 329 - 386.
- Mols, Manfred (²1983): *Mexiko im 20. Jahrhundert. Politisches System, Regierungsprozeß und politische Partizipation*, Paderborn u. a.
- Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim (³1992): "Mexiko", in: Waldmann/Krumwiede (Hg.): *Politisches Lexikon Lateinamerika*, München, 213 - 227.
- Nohlen, Dieter (1993): "Politische Reformen »à la mexicana« – Zur mexikanischen Wahlreform", in: Rafael Sevilla/Arturo Azuela (Hg.): *Mexiko. Die institutionalisierte Revolution?*, Unkel/Rh., 195 - 206.
- Pastor, Robert A. (1990): "Post-Revolutionary Mexico: The Salinas Opening", in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 32, 1 - 22.
- Pimentel González, Nuir/Rueda Castillo, Francisco (1991): "Reforma del PRI: entre la apertura económica y el proteccionismo político", *El Cotidiano* 39 (1/2), 26 - 31.
- Roett, Riordan (ed.) (1993): *Political and Economic Liberalization in Mexico*, Boulder and London.
- Smith, Peter (1979): *Labyrinths of Power. Political Recruitment in Twentieth Century Mexico*, Princeton.
- Unidad de Análisis Prospectivo El Financiero (1993): *Sucession pactada. La ingeniería política del Salinismo*, México.
- Woldenberg, José (1990): "Saldos y retos de la oposición partidista (1988 - 1991)", *Estudios Políticos* 4 (Okt. - Dez.), 63 - 78.